

Schonfrist für das Grün

Bauprojekt Traminer Straße wird
erneut im Rathaus erörtert

Giesing/Harlaching – Rechtlich ist das 7200 Quadratmeter große Villengrundstück an der Traminer Straße 6 so gut wie reif für den umstrittenen Bau von sieben Häusern mit insgesamt 86 Wohnungen und Klein-Apartments. Zumindest in den nächsten Wochen können dort aber 70 geschützte und sechs weitere Bäume noch stehen bleiben, nachdem sich der Stadtrat in die Debatte eingeschaltet und die Angelegenheit zur endgültigen Klärung in den Planungsausschuss zurückverwiesen hat.

Dort hatte CSU-Fraktionschef Manuel Pretzl vor gut einer Woche ein Bebauungsplanverfahren für das Gelände beantragt. Wegen weiteren Klärungsbedarfs landete das Thema schließlich auf der Agenda des Plenums, was einige Stadträte wegen der auf ganz München gesehen überschaubaren Dimensionen zwar verwunderte, sie aber nicht von einer Grundsatzdebatte abhielt. Exemplarisch zeigt sich dort nämlich, dass Baulinienpläne und der „Umgebungsparagraf 34“ im Baugesetzbuch den Gartenstadtcharakter und wertvolles Grün nicht wirklich schützen können.

Der CSU-Fraktionschef spricht von klassenkämpferischen Motiven

Den Stadträten ging es dabei vor allem um Letzteres, während sich die Anwohner ebenso sehr an der Platzierung von Tiefgaragenausfahrten in engen Seitenstraßen stoßen wie an der kleinteiligen Apartment-Bebauung und entsprechend höherer Einwohnerdichte. Beim Baumschutz sieht Antragsteller Pretzl quasi klassenkämpferische Motive am Werk: In der Innenstadt werde um jedes Gewächs „ein Riesenbohei“ gemacht, in den Gartenstädten dagegen „alles zugelassen“. Seine Mutmaßung ist, dass dort eine Klientel wohnt, die den meisten Planungsmitarbeitern „nicht so genehm“ ist. Diese „Tendenz“ spüre er in Gesprächen immer wieder, so Pretzl.

Ein Vorwurf, gegen den Stadtbaurätin Elisabeth Merk ihre Mitarbeiter natürlich verteidigte. Im Übrigen blieb sie bei der Auffassung, wonach ein nachträglicher Bebauungsplan, so wünschenswert er auch wäre, wegen der positiven Vorbescheide Schadenersatzansprüche auslösen dürfte. Wenig Chancen räumte sie daher auch einem Vorschlag von Herbert Danner (Grüne) ein, wonach die Stadt im Einvernehmen mit den Investoren versuchen soll, die Häuser in die fast baumfreie Grundstücksmitte zu rücken. Selbst wenn es ohne Bebauungsplan möglich wäre, könnte auch dieses Vorgehen zu schadenersatzpflichtigen Verzögerungen führen, so die Stadtbaurätin. Außerdem widerspreche es dem Planungsziel, blockartige Bebauung an den Grundstücksrändern zu konzentrieren. An Stadt- und Lokalpolitiker appellierte Merk, Planungsbedarf künftig rechtzeitig bei der Verwaltung anzumelden. Ob die einstimmig beschlossene Rückverweisung, wie von Pretzl erhofft, wirklich der Bürgerbeteiligung diene, scheint fraglich zu sein: Der Planungsausschuss tagt am 3. Mai, die Anwohnerversammlung am 4. Mai. JULIAN RAFF